

Entschließung der Artikel-29-Datenschutzgruppe

Entschließung zum Datenschutztag am 28. Januar 2008

Das Grundrecht auf Schutz der Privatsphäre und insbesondere auf informationelle Selbstbestimmung bildet das Lebenselixier unserer modernen Informationsgesellschaft. Dies gilt auch in Zeiten, in denen der Kampf gegen Terrorismus und organisierte Kriminalität es immer schwerer macht, den richtigen Ausgleich zwischen den Erfordernissen der Sicherheit und dem Schutz der individuellen Rechte zu finden. Ein gläserner Bürger wird niemals mit der Menschenwürde zu vereinbaren sein.

Dies sind die wichtigsten Schlüsse der Artikel 29-Gruppe zum Datenschutztag des Jahres 2008 am 28. Januar. Angesichts der aktuellen Entwicklung müssen die Datenschützer wachsam bleiben, um einen sich auf alle Bereiche des Privatlebens ausdehnenden Überwachungsstaat zu verhindern.

Der Kampf gegen Terrorismus und organisierte Kriminalität ist notwendig und gerechtfertigt. Und in diesem Kampf können personenbezogene Informationen ein nützliches Hilfsmittel sein. Sie können aber nicht als Allheilmittel zur Bewältigung der Herausforderungen von Terrorismus und internationaler Kriminalität dienen. Daher müssen alle Maßnahmen, die darauf abzielen, die Freiheit der Bürger zu beschneiden, verhältnismäßig und wirksam sein. Es bleibt eine der wesentlichen Pflichten der Datenschützer, nicht nur vor den Gefahren zu warnen, die die restriktiven Maßnahmen der Strafverfolgungsbehörden darstellen können, sondern auch Alternativen aufzuzeigen, die weniger einschneidend und datenschutzfreundlicher sind.

Daher hat die Artikel 29-Gruppe in der Vergangenheit immer wieder Maßnahmen wie datenschutzfreundliche Technologien (PETs) befürwortet, die die Auswirkungen auf die Privatsphäre Einzelner abmildern können. Für solche Technologien wird sich die Artikel 29- Gruppe auch künftig einsetzen. Die Pseudonymisierung persönlicher Daten ist ein Beispiel dafür, wie personenbezogene Daten verarbeitet werden können, ohne dabei in die Privatsphäre des Einzelnen einzugreifen. Technische Lösungen, die den richtigen Ausgleich zwischen den Sicherheitsanforderungen und dem Recht auf Datenschutz schaffen, stehen zur Verfügung und müssen, wann immer möglich, genutzt werden. Die weitere Förderung solcher modernen Techniken und ein konstruktiver Dialog mit allen Interessengruppen wird eine der wichtigsten Aufgaben der Datenschützer bleiben.

Europa wird als Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts angesehen, in dem die Freiheit an erster Stelle steht und auch weiterhin stehen muss. In einer demokratischen Gesellschaft sollte sich niemand, wo immer er sich befindet, dauernd ausspioniert oder überwacht fühlen. Das immer stärker werdende Verlangen der Strafverfolgungsbehörden, die Daten der Bürger auf Vorrat zu sammeln und zu speichern, ist eine besorgniserregende Entwicklung. Personenbezogene und oft sogar sensible Informationen von Millionen unschuldiger Bürger, die nicht unter Verdacht stehen, werden für viele Jahre gespeichert und ermöglichen die Erstellung von Kommunikations- und Reisemustern. Die allgemeine Vorratspeicherung von Verkehrsdaten durch Telekommunikationsgesellschaften und die Debatte über ein europäisches System für die Sammlung und Speicherung von Passagierdaten sind nur zwei Beispiele, die dieses gefährliche Eingreifen in die Privatsphäre der Bürger deutlich machen. Andere Initiativen auf diesem Gebiet sehen die Sammlung von Fingerabdrücken vor oder zielen auf die Überwachung der Autofahrer ab.

Die europäischen Datenschutzbeauftragten unterstreichen ihre unverzichtbare Rolle als Wächter des Privatsphäre in der modernen Informationsgesellschaft. Ihre Unabhängigkeit ist unbedingt erforderlich und darf nicht zur Diskussion stehen, wenn sie ihre wichtigen Aufgaben erfüllen und dem Wohle der Bürger dienen wollen. In einer globalisierten Welt, in der der Austausch personenbezogener Daten so einfach ist wie nie zuvor, sind die kritischen Stimmen der Datenschützer wichtiger als je zuvor. Der Schutz der Privatsphäre bleibt eine der wichtigsten Herausforderungen in einer sich ständig verändernden Welt.

Brüssel, den 5. Dezember 2007

Für die Arbeitsgruppe

Der Vorsitzende

Peter Schar

zurück nach oben